

„Politiker wissen nicht, worüber sie entscheiden“

Euro-Krise I: Jahrestagung der Hayek-Gesellschaft diskutierte in Freiburg über die Zukunft der Währungsunion / Ausweg über Inflationierung der Staatsschulden?

KLAUS PETER KRAUSE

Milliarden-Hilfen für Griechenland und keine Ende? Über diese Frage diskutierte vorige Woche in Freiburg die Hayek-Gesellschaft bei einem Symposium. Der Ökonom Joachim Starbatty und der Politikwissenschaftler Erich Weede sehen tief schwarz: Diese Währungsunion war und ist falsch, die Euro-Länder sind für sie zu unterschiedlich, der Bruch des Nicht-Beistandsgebots im Maastricht-Vertrag ist als schwerer Regelverstoß das Unglück schlechthin, die Währungsunion verkommt zur Schuldenhaftungs- und Transferunion, wird zu einer Inflationsgemeinschaft – diese Union so fortzusetzen, führt in den Abgrund.

Die Wirtschaftswissenschaftler Alois Oberhauser und Lars Feld wiegeln ab, wollen von dem „Übergangsszenarium“ nichts wissen. Oberhauser erinnert an die Weltwirtschaftskrise von 1929, die sei doch viel „massiver“ gewesen „als das, was wir jetzt haben“. Der Wohlstand heute sei doch 500 Prozent höher als damals. Die Staatsverschuldung sei „nicht überbordend“. Durch die expansive Nachfragepolitik des Staates sei es zu höherer Beschäftigung und höherem Wohlstand gekommen, so Oberhauser. Felds Mißvergütungen äußerte sich differenzierter. Das Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wandte sich gegen Starbattys vehementen

te Warnung, wenn Griechenland aus der Währungsunion nicht aussteige, werde diese zur ungehemmten Transferunion. Doch Feld leugnet nicht, was droht, wenn Griechenland weiter vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt wird und andere überschuldete Euro-Staaten dann ebenfalls mit Unsummen gerettet werden müßten, nämlich: daß sich die EU übernimmt, daß es die Steuerzahler der Retterstaaten überfordert und damit die Zustimmung der Bürger zur EU-Integration überstrapaziert.

Kapitalismus ist wichtiger als die europäische Einheit

„Was können wir tun, um die Situation zu verbessern?“ fragt Feld. Im Fall Griechenland plädiert er kurzfristig für eine Umschuldung, an der die privaten Gläubiger zu beteiligen sind. Das Problem sei aber die kompromißlose Haltung der Europäischen Zentralbank (EZB) gegen eine Umschuldung. Und Starbatty sieht hierbei den Haken: „Wo ist bei der Umschuldung die Sanktion?“ Umschuldung heiße doch, Griechenland müsse von seinen Schulden nur noch die Hälfte zurückzahlen, käme also nicht nur straflos, sondern sogar mit einem Vorteil davon, eine Ermunterung zu noch mehr Staatsverschuldung. Es fehle die Haftung, Politiker müßten für das, was sie entscheiden, nicht haften. Müßten sie es, wäre ihre Politik anders. „Es ist bei der Umschuldung unser Geld, nicht das von Schäuble und den anderen Politikern.“

Das Symposium „Was wird aus unserer Währung? Perspektiven der Europäischen Währungsunion“ war Endpunkt der Jahrestagung der Hayek-Gesellschaft, mit teils heftigen Schlaglichtern: „Das freiheitliche Wirtschaftssystem hat Vorrang. Wenn dies mit Europa geht, ist es gut. Wenn nicht, müssen wir Europa opfern. Die Verteidigung des ‚Kapitalismus‘ ist wichtiger als die europäische Einheit“, argumentierte Weede ganz im Sinne des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek.

„Es ist falsch zu behaupten, daß Europa kaputtgeht, wenn der Euro kaputtgeht“, meinte Starbatty. „Die Politiker wissen nicht, worüber sie wirklich entscheiden, haben keinen Sachverstand, was sich zeigt, wenn sie über die Währungsunion reden. Sie machen eine Vogel-Strauß-Politik.“ Auch der Kölner Unternehmer Peter Jungen sprach Klartext: „Der Euro ist ein politisches Projekt gewesen. Das Projekt ist gescheitert. Die Politiker merken plötzlich, daß man mit Märkten nicht verhandeln kann, sind darüber böse und nennen sie Spekulanten. Die eigentlichen Spekulanten sind die Käufer der Griechenland-Anleihen.“

Auf die Frage eines Schweizer Teilnehmers, ob wir den Euro in zwei oder fünf Jahren noch haben und wie hoch dann die Inflationsrate sein wird, antwortete Regierungsberater Feld: „Wir haben den Euro noch, und die Inflationsrate wird nicht hoch sein.“ Auch Oberhauser glaubt an den Euro, „aber wir werden keine Preisstabilität bekommen“.



FOTO: PICTURE-ALLIANCE

Finanzminister Schäuble (CDU) wirbt für neue Griechenlandhilfen: „Die Krise wird verschleppt, und die Transferunion kommt“

„Weede wird konkreter: „Wenn wir den Euro in zwei und fünf Jahren noch haben, dann haben wir eine Inflationsrate von fünf Prozent und darüber – mit steigender Tendenz.“ Starbatty ist noch skeptischer: „Beim Monetarisieren der Staatsschulden kommt Inflation immer. Daher ist es nicht möglich, die Inflationsrate bei fünf Prozent zu halten.“ Weedes Prognose ist düster: „Je vernünftiger ein Vorschlag

um so geringer die Aussicht, daß er sich durchsetzt. Eine Umschuldung Griechenlands mit zum Beispiel 50 Prozent Schuldenerlaß kommt nicht, weil die Politiker einen zu kleinen Zeithorizont haben. Das Plausibelste ist daher: Die Krise wird verschleppt, und die Transferunion kommt.“

Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft: www.hayek.de

Deutschland muß eine teure Austrittskarte lösen

Euro-Krise II: Kritiker des Europäischen Stabilitätsmechanismus und Dissidenten aus dem Bundestag debattieren Alternativen zur Währungsunion

CHRISTIAN DORN

Zuweilen entscheidet sich die Geschichte am anderen Ende der Straße, so geschehen am Donnerstag vergangener Woche. Während im Bundestag die Regierungsfractionen einen Entschließungsantrag für weitere Milliarden zur Euro-Rettung vorbereiteten, versammelten sich echte Währungshüter einige Kilometer weiter im Hauptgebäude der TU Berlin. Auf Einladung des Wirtschaftsjuristen Markus Kerber, der eine Klage gegen die Griechenland-Kredite und das Transfermodell des Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM) eingereicht hat, wurden Alternativen zum „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ diskutiert. Konträr zur Mehrheitsmeinung im Bundestag waren die Referate und Grußbotschaften der Abgeordneten Frank Schäffler (FDP), Klaus-Peter Willsch (CDU) und Thomas Silberhorn (CSU). Letzterer schlußfolgerte aus den Planungen für weitere Finanzhilfen: „In jedem Fall gibt es Geldvernichtung.“ Deshalb sei ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Die Finanzhilfen an Griechenland seien

schuld daran, daß sich die Spekulanten „dumm und dämlich verdienen“. Die Absurdität der Situation zeige sich am Zinsverhältnis: Während Griechenland Geld zum verbilligten Satz von etwa fünf Prozent erhalte, habe es für seine Anleihen Renditen von acht bis neun Prozent, teilweise von 25 Prozent zu zahlen. Wollte Griechenland eines Tages die Schulden zurückzahlen, müßte es dauerhaft ein jährliches Wirtschaftswachstum von zehn Prozent aufweisen. Da dies illusorisch sei, werde über kurz oder lang eine Umschuldung anstehen. Deshalb brauche es jetzt „die Kraft, den Geldhahn auch wieder zuzudrehen“, so der CSU-Abgeordnete. „Wir haben das Heft in der Hand, denn ohne Deutschland läuft hier nichts.“

Für Hans-Olaf Henkel, der die sogenannte Alternativlosigkeit der bisher betriebenen „Euro-Rettung“ attackiert, klingen bereits diese Ausführungen zu optimistisch. Denn eine Umschuldung („haircut“) könne schon dem Wesen nach keine Lösung sein: „Wenn ich das mache, zum Friseur gehe, muß ich sechs Wochen später wieder hin.“ Schließlich sei Griechenland bereits heute zahlungsunfähig. Selbst wenn

man ihm alle Schulden erlassen würde, wäre es als erstes darauf angewiesen, sich erneut Geld zu borgen. Vor diesem Hintergrund plädierte Henkel abermals für das von ihm verfochtene Modell eines Süd- und Nord-Euros (JF 22/11).

„Am Schluß des derzeitigen Weges steht der Euro-Bond“

„Unter vier Augen“, so Henkel, gäben die Politiker ihm mit Blick auf die bisherigen Fehler in der Währungspolitik immer recht – um mit dem Satz zu schließen: „Aber nun lassen Sie uns doch nach vorne blicken.“ Als Ergebnis dieser unehrlichen Politik würden derzeit „Therapien verschrieben ohne Diagnose und ohne Prognose“. Die Notwendigkeit unterschiedlicher Zinssätze ergebe sich schon aus den quasi von Natur gegebenen „unterschiedlichen Wirtschaftskulturen“. Aufgrund der sich abzeichnenden Transferunion, so Henkel weiter, gehe man in Amerika bereits vom Ende der europäischen Gemeinschaftswährung aus. Zwar konzediert auch der einstige BDI-Chef, daß es kein Patentrecht als Alternative zum gegenwärtigen Kurs gebe. Doch sei es

verantwortungslos, diese Entwicklung als alternativlos anzusehen.

Ein Ausweg wäre der Austritt oder aber der Ausschluß Griechenlands mit der Begründung, daß sich Athen den Euro-Beitritt erschlichen habe. Eine Alternative wäre, daß Deutschland mit anderen Geberländern den Euro-Raum verläßt. Ein positiver Effekt wäre dann die Abwertung des Euro, wodurch Griechenland wieder wettbewerbsfähiger würde. Deutschlands Währung hingegen würde – ähnlich dem Schweizer Franken – einem Aufwertungsdruck ausgesetzt sein. Dies sei aber bei der Deutschen Mark genauso gewesen, was die deutsche Wirtschaft jeweils zu einer höheren Effizienz gezwungen habe.

Dem stünde aber das Mantra der Bundeskanzlerin entgegen: „Der Euro ist unser Schicksal“. Dies sei das Argument, mit dem man ihm immer komme: „Aber Herr Henkel, wir haben jetzt 70 Jahre Frieden in Europa.“ Eine solche Haltung sei „extrem verantwortungslos“. Die Geschichte habe immer gezeigt, daß bei Zwang Fliehkräfte einsetzen. Schon heute würde Angela Merkel diese befördern, etwa wenn sie von den Portugiesen verlangt, mehr zu sparen, oder von Grie-

chenland fordert, mehr zu privatisieren. Das Ergebnis solcher Politik zeige Folgen: War Deutschland vor Einführung des Euro die beliebteste Nation in Griechenland, sei es heute genau umgekehrt. Gleiches gelte in der Beziehung zu Frankreich: Da dessen Banken in Griechenland besonders engagiert seien, würde eine Umschuldung oder – wie von Wolfgang Schäuble forciert – eine Beteiligung von privater Seite gerade das Gegenteil bewirken und das deutsch-französische Bündnis weiter entzweien.

Zu den absurden Folgen des Euro-Beitritts von Spanien zählt Henkel das Schicksal von Hochtief. Das deutsche Bauunternehmen „wäre nie in spanische Hände geraten, wenn wir einen Nord- und Süd-Euro hätten“. So aber ginge es weiter in den Abgrund: „Am Schluß des derzeitigen Weges, der Salamatik von Herrn Schäuble, steht der Euro-Bond“, also EU-Staatsanleihen – sprich: vergemeinschaftete Schulden. Um weitere Verluste zu vermeiden, müsse Deutschland sich emanzipieren. Henkel wörtlich: „Wir kommen da nur raus mit einer ordentlich teuren Austrittskarte. Die müssen wir lösen, um wieder unser eigener Herr zu sein.“

Euro-Rettung macht Deutschland erpreßbar

HAMBURG. Der Ökonom und Politikberater Bernd Lucke hat vor weiteren Milliardenkrediten an überschuldete Euro-Länder gewarnt. „Für die Bewältigung der EU-Schuldenkrise ist das offenkundige Scheitern der im vergangenen Jahr gewährten Griechenland-Hilfe ein Menetekel“, schrieb der Volkswirtschaftsprofessor von der Universität Hamburg in der FAZ. Der geplante neue Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sehe sogar ein deutsches Engagement von 200 Milliarden Euro (einem Drittel der jährlichen Steuereinnahmen) vor. Das Grundproblem des ESM sei, daß die Durchsetzungsfähigkeit der Geberländer um so schwächer werde, je mehr ESM-Kredite ausgegeben werden: „Denn während die Geberländer die Kredite verbürgen, tun die Empfängerländer genau das nicht. Niemand kann letztere hindern, einseitig und trotz empfangener Kredite eine Staatsinsolvenz zu erklären, wenn die wirtschaftlich soliden Staaten stärker in die Abhängigkeit ihrer überschuldeten Partner.“ (fis)

„Energiedebatte atmet Geist der Planwirtschaft“

KÖLN. Der Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI), Marc Oliver Betz, hat vor falschen Weichenstellungen beim Atomausstieg gewarnt. „Wir Ökonomen müssen feststellen: Die aktuelle deutsche Energiedebatte atmet den Geist der Planwirtschaft“, erklärte das Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages in der *Wirtschaftswoche*. Investiert würde nicht mehr in die Technologien, die die Marktteilnehmer für die besten halten, sondern in die, die am meisten gefördert werden. „Warum wird der Einsatz der Kernenergie über die staatliche Vorgabe von willkürlich anmutenden Zeiträumen geregelt und nicht über die Festlegung von Sicherheitsstandards?“ Der Staat solle Firmen und Verbrauchern zwar die Ziele der Energiewende anzeigen, aber ohne ihnen zugleich die Mittel vorzuschreiben. (fis)

Zahl der Woche

Auf 1,63 Billionen Dollar (1,15 Billionen Euro) sind 2010 die Militärausgaben in der Welt gestiegen. Spitzenreiter blieben die USA mit 698 Milliarden Dollar, gefolgt von China (119), Großbritannien (60), Frankreich (59) und Japan (55). Deutschland gab 45,2 Milliarden Dollar aus.

(Quelle: SIPRI Yearbook 2011)



Die JF wird gebraucht

„Wenige Jahre ist die JUNGE FREIHEIT älter als die neue deutsche Freiheit, die komplettierte deutsche Vielstimmigkeit im zusammenwachsenden Europa. Der Zusammenschluß unserer geteilten Nation bedeutete die Erweiterung unseres gemeinsamen Horizontes. Dies heißt auch für die Medienlandschaft: Verpflichtung zu einer offeneren Sicht der Dinge. Die JUNGE FREIHEIT kam zur rechten Zeit, wie wir heute wissen. Ad multos annos! Sie wird gebraucht. Zur Verbesserung der Sicht des ganzen Deutschlandspektrums.“

Dr. Thomas Goppel (CSU)
Mitglied des Bayerischen Landtags



25 Jahre JUNGE FREIHEIT

Dieses Jahr ist Jubiläumsjahr: Am 1. Juni 1986 erschien in Freiburg im Breisgau die erste Ausgabe der JUNGEN FREIHEIT.

Als Studentenblatt gegründet, hat sich die JF zu einer deutschlandweit beachteten Wochenzeitung mit Verlagssitz in Berlin entwickelt. In der JF finden sich Informationen, Perspektiven und Autoren, die andere Medien meistens ausblenden.

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KULTUR, WISSEN UND BERATE
Lesen, was Sache ist.